Pamela Wronski

Dr. sc. hum.

From data need to data use: Exploring the potential of data use for equitable policymaking in long-term care for persons with dementia in the German state of Baden-Wuerttemberg

Fach/Einrichtung: Allgemeinmedizin und Versorgungsforschung

Doktorvater: Prof. Dr. Michel Wensing

Gemäß SGB XI § 69 soll die pflegerische Versorgung in Deutschland bedarfsgerecht gestaltet sein. Eine besondere Herausforderung dabei ergeben sich aus einem zunehmenden Pflegebedarf, insbesondere durch altersassoziierte Erkrankungen wie Demenz. Diese ist für Betroffene mit zunehmenden Einschränkungen von Aktivitäten des täglichen Lebens betroffen und mündet meist in Pflegebedürftigkeit. Demenz ist eine der häufigsten pflegebegründenden Diagnosen. In Baden-Württemberg will man diesen Herausforderungen gemäß Gesundheitsleitbild mit einer datengestützten Versorgungsplanung begegnen, die am regionalen Versorgungsbedarf orientiert ist. Besonders innerhalb der letzten zwei Dekaden wurden deutschlandweit Routinedaten der Kranken- und Pflegeversicherungen und ihr Nutzungspotenzial für regionalisierte Analysen vor allem zur medizinischen Versorgung zunehmend erschlossen. Dabei stellt das wachsende Angebot an Datenquellen und Indikatoren lokale Entscheidungsträger vor die Herausforderung, eine Auswahl an Indikatoren für die Versorgungsplanung zu treffen. Untersuchungen zeigen aber auch: Datenverfügbarkeit alleine reicht nicht aus, damit Versorgungsplanung datengestützt stattfindet. Zudem gibt es bisher wenige Erkenntnisse darüber, wie Entscheidungsträger quantitative Datenberichte, ein häufiges Format in dem Daten bereitgestellt werden, nutzen und Lesen.

In dieser Dissertation wird das Potenzial datengestützter Versorgungsplanung in Baden-Württemberg am Beispiel einer bedarfsgerechten langzeitpflegerischen Versorgung von Menschen mit Demenz exploriert. Hierzu wurde untersucht (1) welche Daten Entscheidungsträger für die regionale Versorgungsplanung in diesem Bereich für relevant halten, (2) welche Daten verfügbar sind insbesondere zur Einschätzung des Versorgungsbedarfs sowie dessen Bedarfsgerechtigkeit auf kleinräumiger Ebene und (3) wie diese Daten im Format eines Berichts von individuellen Entscheidungsträgern genutzt werden. Als relevante Indikatoren aus Sicht der Entscheidungsträger wurden im Rahmen einer Online-Befragung Indikatoren zur absoluten und relativen Häufigkeit von Demenz und Komorbiditäten, zur Pflegeinanspruchnahme und zu

bestehenden Pflegeangeboten identifiziert. Die Schätzung des regionalen Versorgungsbedarfs auf Basis von Sekundärdatenanalysen ergab Unterschiede in den Stadt- und Landkreisen, sowohl absolut als auch relativ gesehen zur Bevölkerungszahl. Es zeigte sich, dass der Zugang zu häuslicher Langzeitpflege grundsätzlich an Bedarfsfaktoren wie Komorbidität und Alter orientiert ist. Darüber hinaus stand der Zugang in geringerem Maße auch in Zusammenhang mit Faktoren wie Geschlecht, Staatsangehörigkeit und der Angebotsdichte ambulanter Pflegedienste. Nicht eindeutig geklärt werden konnte, ob auch ein Zusammenhang mit dem sozialen Status des Wohnortes von Menschen mit Demenz besteht. Ein quantitativer Datenbericht zum Pflegebedarf und -angebot wurde im Rahmen eines hypothetischen Entscheidungsszenarios in der Regel vollständig gelesen, der Methodenteil erhielt dabei jedoch weniger Aufmerksamkeit. Bei der Priorisierung verschiedener Pflegesettings bei der hypothetischen Zuteilung finanzieller Mittel spielten neben den Informationen aus dem Bericht auch andere Wissensquellen und darüberhinausgehende Aspekte eine Rolle. Bei der Entscheidung wurde zudem versucht, unterschiedliche Perspektiven einzunehmen. Insgesamt zeigte sich, dass für eine datengestützte und regionale Versorgungsplanung grundlegende Informationen zum pflegerischen Versorgungsbedarf von Menschen mit Demenz und für die Einschätzung der Bedarfsgerechtigkeit verfügbar sind, aber signifikante Datenlücken bestehen. Verfügbare Daten zur pflegerischen Versorgungssituation von Menschen mit Demenz werden regional genutzt, jedoch ist unklar, inwieweit dies über Modellprojekte hinaus geschieht. Dabei es Anhaltspunkte dafür, dass Angaben zur Datenqualität bei (zukünftigen) Entscheidungsträgern eine untergeordnete Rolle spielen.